

Peter Michael von der Lippe, Claus Christian Breuer

Wohlstand – keine Alternative zum BIP

In der Dezemberausgabe 2009 veröffentlichte der Wirtschaftsdienst ein Zeitgespräch mit dem Thema „Wie lässt sich Wohlstand messen?“. Dazu äußern sich Peter Michael von der Lippe und Claus Christian Breuer kritisch. Roland Zieschank und Hans Diefenbacher sowie Hans Wolfgang Brachinger stellen ihre Sichtweisen jeweils in einer Erwiderung dar.

Jeder Student der Ökonomie lernt im ersten Semester, dass Nutzen nicht interpersonell vergleichbar und aggregierbar ist. Aber seine Professoren scheinen dies regelmäßig zu vergessen, wenn sie beginnen, das Bruttoinlandsprodukt (BIP) zu problematisieren, was sie übrigens schon seit vielen Jahrzehnten immer wieder gerne tun. Nun hat der „Stiglitz-Report“¹ offenbar eine neue Runde in diesem Spiel eröffnet und der Wirtschaftsdienst hat in seiner Dezember-Ausgabe ein Zeitgespräch zu dem Thema „Wie lässt sich Wohlstand messen?“ veröffentlicht.² Einige dort, aber auch andernorts und schon früher vertretene Positionen fordern eine erneute grundsätzliche Betrachtung heraus, und sie haben uns zu folgenden Thesen veranlasst:

Versuche, dem BIP etwas entgegenzusetzen oder gar das BIP durch einen anderen umfassenden Indikator zu ersetzen (Stichwort „Jenseits des BIP“) gibt es seit langem und es wird sie auch immer wieder geben, denn es ist sehr unwahrscheinlich, dass ihnen jemals Erfolg beschieden sein wird. Probleme entstehen, wenn eine Leistungs- oder gar Zielgröße das BIP ersetzen soll. Anders zu bewerten ist dagegen der sehr viel bescheidenere Versuch, Komponenten von Wohlfahrt, Wohlstand oder Lebensqualität zu messen und hiermit das statistische Datenangebot zu bereichern sowie statistisch nach Determinanten dieser Größen zu suchen.

Ein wie auch immer konstruiertes nationales Wohlfahrtsmaß ist notwendig statistisch von anderer Qualität als das BIP, und zwar von minderer Qualität. Nicht nur das Ziel der Messung, auch die Methode ist kritikwürdig. Und

sogar die Gründe, die dafür aufgeführt werden, weshalb man eine solche statistische Größe bräuchte, sind offenbar nicht wirklich zu Ende gedacht.

Der Stiglitz-Report bietet keine Anhaltspunkte dafür, von der amtlichen Statistik ein grundsätzliches Umdenken zu fordern. Selbst wenn der Anlass für den Report die Beobachtung gewesen ist, dass viele Menschen glauben, der Statistik nicht das entnehmen zu können, was sie gerne an Information hätten, kann man den Report nicht als Aufruf verstehen, „Statistik“ neu zu erfinden oder gar der amtlichen Statistik ein altmodisches Statistikverständnis vorzuwerfen.

Auf einen Nenner gebracht, könnte man sagen, dass Überlegungen, die im Anschluss an den Stiglitz-Report vorgebracht werden, zu einem großen Teil auf Missverständnissen über zwei Gegenstände beruhen, und zwar über den Sinn und Zweck des Produktionsbegriffs der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR)³ und über die Rolle der amtlichen Statistik.

Immer wieder „Jenseits des BIP“

Kein ernstzunehmender Statistiker hat je behauptet, das BIP bringe in einer zusammenfassenden Zahl alles das zum Ausdruck, was subjektiv oder objektiv wünschbar oder nützlich sei (wobei man mit „objektiv“ in diesem Zusammenhang schon ein Problem hat). Es war und ist immer klar, dass die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR) „nur“ das Ziel hat, wirtschaftliche Prozesse abzubilden und dass die daraus abgeleitete Leistungs- und Einkommensgröße in Zusammenhang stehen sollte mit beobachtbaren und wirtschaftlichen Vorgängen, und dass dies nur ein Ausschnitt aus der Realität sein kann (allerdings ein mit guten Gründen gewählter Ausschnitt).

³ Es ist zwar üblich, von Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu sprechen, wenn man sich aber, wie hier, auf die „Sozialproduktsrechnung“ beschränkt, ist der Singular VGR nach wie vor zutreffend.

¹ J. Stiglitz, A. Sen, J.-P. Fitoussi: Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress, 2009, www.stiglitz-sen-fitoussi.fr.

² Zeitgespräch „Wie lässt sich Wohlstand messen?“ mit Beiträgen von Arnold Braakmann, Roland Zieschank, Hans Diefenbacher, Hans Wolfgang Brachinger, Gert G. Wagner sowie Claus Leggewie und Bernd Sommer, in: Wirtschaftsdienst, 89. Jg. (2009), H. 12, S. 783-804.

Dies wird nicht dadurch wertlos, dass es in Zeiten des Ratings, Benchmarkings usw. vielen Menschen schwer fällt, gleichzeitig mehr als eine Zahl zu betrachten oder als Zielgröße anzuvisieren. Wenn mithin einige Schwierigkeiten damit haben, aus der Betrachtung von zwei oder mehr Zahlen, die sich vielleicht sogar widersprechen, Schlüsse zu ziehen, so wird man dieses Problem nicht dadurch lösen können, dass man ihnen weiter nur eine Zahl präsentiert, die dafür aber an subjektiven Wertungen, Annahmen, Fiktionen und „imputations“ erheblich reicher ist.

Das BIP als Maß der Wirtschaftsleistung wird auch nicht dadurch wertlos, dass man darauf hinweist, dass es neben wirtschaftlichen Wertmaßstäben auch andere Werte gibt und dass daran gemessen das BIP einige Paradoxien enthält, wie z.B. die im BIP positiv zu Buche schlagenden Aufwendungen für die Beseitigung von Umweltschäden. Das Problem ist wohl eher, dass in weiten Kreisen kein Verständnis (mehr) für eine auf wirtschaftliche Aspekte beschränkte Betrachtungsweise besteht. In einer Fernsehdiskussion vor der Bundestagswahl 2009 sprach ein Politiker von „Leistungsträgern“, und es wurde ihm dann umgehend entgegengehalten, dass nicht nur A, der oder die von Montag bis Freitag in einem Betrieb erwerbstätig ist, Leistungsträger bzw. Leistungsträgerin sei, sondern auch die alleinerziehende Hartz-IV-Empfängerin B. Das Problem ist nur, dass A Steuern zahlt und B Transfers empfängt und dass es nicht auf das Gleiche hinausläuft, ob es mehr Steuerzahler und weniger Transferempfänger gibt oder mehr Transferempfänger und weniger Steuerzahler. Das festzustellen ist nicht hartherzig gegenüber der alleinerziehenden Mutter oder reaktionär, es ist schlicht notwendig, wenn man z.B. die unbestritten Nutzen stiftenden Staatsfinanzen nicht aus dem Auge verlieren möchte.

Es ist auch sicher gerechtfertigt in „Hausfrauen“-tätigkeit und Ehrenämtern wertvolle Beiträge zur Wohlfahrt zu sehen. Aber wenn dies nicht im BIP enthalten ist, so ist das keine moralische Abwertung. Die Frage ist vielmehr: was gewinnt man, wenn man diese Tätigkeiten der Erwerbstätigkeit gleichsetzt oder sie gar höher wertet und dann zu dem Schluss kommt, die „wahre“ Arbeitslosenquote sei eigentlich nahezu 0%? Oder was gewinnt man, wenn man zu dem Schluss kommt, dass Ganztags- und Halbtagsbeschäftigte eigentlich gleich viel verdienen, wenn man den Nutzen häuslicher Tätigkeit oder der Freizeit (ohne Zweifel ein Element der Wohlfahrt) hinzurechnet?

Es gibt immer Gründe über die implizite Ungerechtigkeit und fehlende Moral wirtschaftlicher Kategorien zu klagen. Was hat man nicht alles als eigentlich nutzlose „regrettable necessities“ oder „defensive Kosten“ deklariert? Die Landesverteidigung, Verkehrsstaue, Kosten der Agglo-

Prof. Dr. Peter Michael von der Lippe lehrte bis 2007 Statistik am Campus Essen der Universität Duisburg-Essen.

Claus Christian Breuer, M.Sc., ist dort wissenschaftlicher Mitarbeiter.

meration (zu hohe Immobilienpreise in Ballungsräumen), Polizei, Gerichte, Unfallchirurgie, Luftverschmutzung und Kosten der Vermeidung und Beseitigung derselben, zu große Klassen und zu wenig Lehrer usw. alles erhielt bei den verschiedensten Messversuchen Minuspunkte oder Abzüge in Höhe von x Mrd. Euro (bzw. seinerzeit DM) – wobei man schon allen Ernstes an einen Wert des „wahren“ BIP in Höhe von Null herangekommen ist⁴ – ohne Rücksicht auf Doppelzählungen, Abgrenzungs-, Normierungs- und Bewertungsprobleme⁵ und auch ohne Rücksicht darauf, ob die so „zusammengefassten“ Größen wirklich auf einer Dimension darzustellen sind, sich also x Mrd. Euro mehr Lärm und x Mrd. Euro mehr Ehrenamtstätigkeit wirklich „aufwiegen“.

Es ist natürlich unbestritten, dass es „Nutzen“, Glück und Befriedigung sind, auf die es „letzten Endes“ ankommt, aber daraus kann man nicht den Schluss ziehen, der beobachtbare Kauf von Gütern sei weniger wichtig als der damit verbundene und einem möglicherweise gar nicht bewusste Nutzen oder Schaden. Man kann natürlich die „Bewegungsfreiheit“⁶ oder auch die „Umweltbelastung“ von Autos messen, aber dem steht nicht entgegen, dass

- 4 Das Problem solcher Plus- und Minusrechnungen ist, dass es kein Kriterium für die Vollständigkeit der berücksichtigten Aspekte gibt.
- 5 Ein Normierungsproblem bietet sicher die Variable „Freies Einkommen“, d.h. das über den „notwendigen“ Verbrauch hinaus zur Verfügung stehende Einkommen im Rahmen des früheren UNSRID (United Nations Research Institute for Social Development) Wohlfahrtsindexvergleichs, in: G. Gutmann (Hrsg.): Das Wirtschaftssystem der DDR, Stuttgart 1983, S. 417-447). Wie sehr solche Betrachtungen auch den jeweiligen wirtschaftlichen Verhältnissen und dem Zeitgeist verhaftet sind, sieht man auch bei Indikatoren wie „Kalorienverbrauch pro Tag“, „Kalorienverbrauch, der nicht auf Mehlprodukten basiert“ oder „Relation Wohnungen/Haushalte“ aus dem gleichen Index.
- 6 Wodurch und wie viel Nutzen entsteht, ist weniger abgrenzbar als die Definition und Abrenzung des Begriffs „Gut“. Der Nutzen eines Autos ist im Stau anders als auf einer freien Straße. Man kann auch nicht gleichzeitig einen solchen Nutzen wollen und die Straße nicht wollen. Manche ideellen Güter, etwa die „Freiheit“ im Unterschied zur „Bewegungsfreiheit“ sind eventuell gar nicht an Güter gebunden, andere dagegen nur in einem sehr indirekten Sinne. Die „Wahlfreiheit“ zwischen verschiedenen Automarken (als Ergebnis des Wettbewerbs) ist nichts wert, wenn man keine Autos will.

es für die Gesellschaft wichtig ist, zu wissen, wie viele Autos produziert wurden und wie dadurch Einkommen und Beschäftigung entstanden sind.

Wie alt solche Diskussionen sind, wird zum Teil in dem „Zeitgespräch“ des Wirtschaftsdienst selbst deutlich. Erwähnt wird dort beispielsweise das Wohlfahrtsmaß von Nordhaus und Tobin aus den 70er Jahren,⁷ aber es gab auch noch frühere Versuche der Wohlfahrtsmessung, nicht nur in den „westlichen“ Ländern, sondern auch bei den ehemaligen „sozialistischen“ Staaten.⁸ Sicherlich wird es auch in Zukunft immer wieder solche Versuche geben, sie werden mit guten Gründen kritisiert werden und nach einer gewissen Zeit wieder in der Versenkung verschwinden. Wir glauben mit dieser Voraussage auf der sicheren Seite zu sein, weil von den Befürwortern solcher Messversuche selbst zugegeben wird, dass „die Frage nach der ‚realen‘ Wohlfahrt eines Landes vermutlich niemals ‚objektiv‘ beantwortet werden kann.“⁹

Ein Wohlfahrtsmaß steht nicht auf Augenhöhe mit dem BIP

Kraft und Mühe zu verwenden auf die Messung einer Größe, die man nicht befriedigend definieren kann, ist als solches nicht zu bemängeln. Zu einem Problem wird dies erst dann, wenn man meint, eine „komplementäre Wohlfahrtsmessung in Form eines Indexes auf der selben Ebene wie das BIP/BNE“¹⁰ geschaffen zu haben, und wenn man dann die beiden Maße einander gegenüberstellt, sich fragt „ob das BNE die Richtung von Wohlfahrtsänderungen korrekt anzeigt“ und an dem unterschiedlichen Verlauf der beiden Kurven abliest, „dass dies möglicherweise nicht der Fall ist“.¹¹ Abgesehen davon, dass dies natürlich die Frage provoziert, wozu man dann noch das BNE braucht, wo es doch nicht „korrekt“ (!) misst (etwas, was es übrigens gar nicht messen will), ist zu fragen, ob wirklich beide Größen methodisch auf der gleichen Stufe stehen.

Wir sind entschieden der Meinung, dass das nicht der Fall ist. Ein Nationaler Wohlfahrtsindex NWI nach Art von

7 Vgl. A. Braakmann: Indikatoren für Wirtschaft, Lebensqualität und Nachhaltigkeit – der Stiglitz-Bericht als Herausforderung für die Statistik, in: Wirtschaftsdienst, 89. Jg. (2009), H. 12, S. 786.

8 P. v. d. Lippe: Statistische Wohlfahrtsindikatoren, Die Messung des Lebensstandards, in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Wohlfahrtsmessung, Aufgabe der Statistik im gesellschaftlichen Wandel, Bd. 29 der Schriftenreihe Forum der Bundesstatistik, Stuttgart 1996, S.39-72.

9 Vgl. R. Zieschank, H. Diefenbacher: Der Nationale Wohlfahrtsindex als Beitrag zur Debatte um Wachstum und Wohlfahrtsmaße, in: Wirtschaftsdienst, 89. Jg. (2009), H. 12, S. 790.

10 Vgl. R. Zieschank, H. Diefenbacher, a.a.O., S. 790; BIP/BNE steht für Bruttoinlandsprodukt/Bruttonationaleinkommen.

11 Vgl. R. Zieschank, H. Diefenbacher, a.a.O., S. 789.

Zieschank und Diefenbacher steht methodisch auf einer deutlich niedrigeren Stufe als das BNE, mit dem die Autoren ihren NWI vergleichen. Das BIP und BNE zeichnet aus, dass es aus einem System von Definitionsgleichungen auf der Basis der Kreislauftheorie hervorgeht, so dass man ein und dasselbe Aggregat auf verschiedene Arten, d.h. auch mit Daten verschiedener Erhebungen schätzen kann (z.B. entstehungs- und verwendungsseitig mit Daten der Produktions- und der Umsatzstatistik). Eine solche sogenannte „fundierte Schätzung“, bei der sich verschiedene unabhängige Rechengänge gegenseitig kontrollieren und aufeinander abgestimmt werden, bietet eine Gewähr dafür, dass die Schätzung des Gesamtaggregats in einem vertretbaren Fehlerintervall bleibt. Dies gibt es bei keinem anderen allumfassenden Aggregat, sei es das berühmte „Ökosozialprodukt“, oder sei es das NWI. Diese Größe wird bestenfalls nur auf eine Art geschätzt. Dabei werden auch Teilaggregate verwendet, bei denen es erwiesen ist, dass gleichermaßen vernünftige Messkonzepte zu Schätzungen führen, die extrem voneinander abweichen, in einem Maße, wie es in der VGR nicht üblich ist. Die Haushaltsproduktion ist ein Beispiel hierfür. Man kann sie output- und inputorientiert (was wiederum verschiedene Ansätze erlaubt) bewerten und die Ergebnisse der Schätzungen stehen im Verhältnis 1:2,2, was es allein schon wenig sinnvoll erscheinen lässt, sie in das BNE einzubeziehen, ganz abgesehen von den konzeptionellen Problemen einer Einbeziehung.¹²

Nicht nur die Schätzbarkeit von Aggregaten macht hier den Unterschied aus. Entscheidend ist auch,

- dass der Anspruch eines alternativen Globalindicators nach Art eines NWI sich notwendig im höheren Maße von der Beobachtung ablöst zugunsten von unterstellten Transaktionen und
- dass man dabei nicht ohne Werturteile auskommt.

Der erste Punkt betrifft die Art der einbezogenen Aggregate. Der Wert unentgeltlicher ehrenamtlicher Arbeit ist nun einmal weniger beobachtbar als der Wert entgeltlicher Arbeit.¹³ Wenn man nun, wie bei der Wohlfahrtsmessung üblich, davon ausgeht, dass eine entgeltliche Arbeit nicht „richtig“ entlohnt sein mag, weil dem statistisch erfassbaren Lohn vielleicht eine nicht „richtige“ Bewertung

12 Vgl. P. v. d. Lippe: Wirtschaftsstatistik, 5. Aufl., Stuttgart 1996, S. 248.

13 Es ist zwar richtig, dass sich die VGR nicht nur auf Marktvorgänge bezieht, sondern z.B. auch die nicht-marktbestimmte Dienstleistungsproduktion des Staates (als „Staatsverbrauch“) einbezieht. Aber der Staat ist, zwar nicht auf der Output-Seite wohl aber auf der Input-Seite, also bei der Nachfrage nach Arbeitskräften und beim Kauf von Vorleistungen, ein Marktteilnehmer, und es gibt deshalb auch beobachtbare „Faktorentgelte“. Bei den ohne Zweifel Nutzen stiftenden Haushalts- und Ehrenamtstätigkeiten ist das dagegen nicht der Fall.

durch den Markt zugrunde liegt, kommt man zum zweiten Punkt, dass es nämlich ohne die Berücksichtigung des Nutzenbegriffs nicht geht. Das betrifft vor allem auch die Aggregation zu einem Gesamtmaß. Dies stellt das eigentliche Problem dar, denn gegen die Schätzung einzelner Komponenten des Wohlstands ist wohl kaum etwas einzuwenden.

Aber schon vor der Aggregation der Teilindikatoren sind Werturteile erforderlich. So ist der erste Baustein des NWI der gewichtete private Konsum; „gewichtet“ deshalb, weil der Konsum des Reichen weniger gesellschaftlich erwünscht ist als der des Armen. Begründet wird dies mit dem Gesetz vom abnehmenden Grenznutzen „dass ein zusätzliches Einkommen für einen armen Haushalt eine höhere zusätzliche Wohlfahrt stiftet“.¹⁴ Mit dieser Art mikroökonomischer Betrachtung könnte man auch jederzeit Verstaatlichung und Enteignung rechtfertigen und mühelos das siebte Gebot aushebeln, denn es ist ja normalerweise der Ärmere, der den Reicheren bestiehlt und nicht umgekehrt.

Keine Bausteine des NWI sind die Investitionen oder der Export, weil diese Größen offenbar keinen Nutzen haben und zur nationalen Wohlfahrt nicht beitragen. Dass sie Arbeitsplätze schaffen oder auch Einkommen, das dann wohlfahrtsteigernd umverteilt werden kann, scheint nicht bekannt zu sein.

Die Umwelt wird im NWI mit nicht weniger als neun Minus-Größen bedacht von „Ausgaben zur Kompensation von Umweltbelastungen“ bis zu „Ersatzkosten durch Ausbeutung nicht erneuerbarer Ressource und Schäden durch CO₂ Emissionen“ (die Frage nach Doppelzählungen drängt sich auf), das Bildungswesen aber zusammen mit der Gesundheit nur mit einer Plus-Position. Bildung und Gesundheit sind überhaupt die einzigen Staatsausgaben, die die Wohlfahrt mehren.

Es ist unübersehbar, dass hier eine autoritäre Variante der Statistik vorliegt, implizit ein Diktat über gute und schlechte wirtschaftliche Prozesse (wobei es natürlich ein Problem ist, dass sie oft beides sind). Wer bestimmte Ausgaben mit plus und andere mit minus versieht oder gar mit Null, macht natürlich das, was ihm vielleicht gar nicht bewusst ist: er diktiert Wertvorstellungen, und zwar seine eigenen. Großzügig darüber zu entscheiden was andere oder die Gesellschaft insgesamt wünschenswert finden sollen, ist kennzeichnend für bestimmte Regierungsformen und kann keinesfalls das Geschäft des Statistikers sein.

¹⁴ Vgl. R. Zieschank, H. Diefenbacher, a.a.O., S. 788.

Ein Wohlfahrtsmaß ist notwendig fiktiv und normativ

Allein die Zielsetzung eines zusammenfassenden Maßes der Wohlfahrt statt der Produktion macht Wertungen unvermeidbar. Das Maß dann zur Zielgröße zu erklären (was ja gerade die Absicht ist, wenn man die Fixierung auf das „Wachstum“, also das BIP kritisiert) heißt, die impliziten Wertungen des Maßes für verbindlich zu erklären. Dies kann in einer Demokratie nicht Aufgabe der Statistik, schon gar nicht der amtlichen Statistik sein.

Statistiken zu „Umwelt“ und „Nachhaltigkeit“, die bei solchen Messvorhaben zu Recht im Vordergrund und auch untereinander im Zusammenhang stehen, bieten bereits als solche – und nicht erst bei ihrer Aggregation und Zusammenfassung mit wirtschaftlichen Größen – erhebliche Probleme auf folgenden Ebenen: der Abgrenzung (einschließlich potenzieller Lücken und Doppelzählungen), der Bewertung, der Kausalität und der Zurechnung.

- *Abgrenzung:* Soll beim Bereich „Gesundheit“ nicht nur die Leistung des Arztes sondern auch die gesunde Lebensweise des Patienten betrachtet werden? Dient eine Maßnahme, z.B. der Luftreinhaltung, dem Umweltschutz oder dem Arbeits- und Gesundheitsschutz? Wie sind „depletion“ (Verringerung) und „degradation“ (Verschlechterung) bei den Abschreibungen auf das „Umweltvermögen“ zu unterscheiden?¹⁵ Zählen nur Fahrten zum Einkaufen oder auch zum Reitkurs der Tochter zur Haushaltsproduktion?¹⁶
- *Bewertung:* Auf Schwierigkeiten der Bewertung jenseits von Märkten, etwa von Hausarbeit und Ehrenamt wurde bereits hingewiesen. Gemessen an Opportunitätskosten ist z.B. die Hausarbeit einer Ärztin wertvoller als die einer Verkäuferin im Supermarkt. Manche freiwillige Aktivität richtet mehr Schaden an, als dass sie Nutzen stiftet. Was ist der Wert einer unentgeltlichen Beratung, für die niemand haftet und die sich später als falsch herausstellt? Bei der Umwelt bieten sich oft sehr verschiedene Ansätze an, etwa Vermeidungs-, Beseitigungs- (Schadens-) oder Restaurie-

¹⁵ Die Begriffe werden im SEEA (System for Integrated Environmental and Economic Accounting) der UNO verwendet. Beim Natur- oder Umweltvermögen ist auch nicht immer klar, wer die Investition getätigt hat, die hier abgeschrieben wird. Ähnliche Probleme haben wir bei dem in der Wirtschaftstheorie, nicht aber in der Wirtschaftsstatistik beliebten „Humanvermögen“. Man kann es nicht beleihen, veräußern oder vererben, es gibt hierfür keinen Markt und es ist in seiner Höhe abhängig von künftigen Erträgen und der Lebenserwartung.

¹⁶ Zur Unsicherheit der Schätzung der Haushaltsproduktion heißt es im Stiglitz-Report: „Our estimates ... for household work amount to around 30% of conventionally-measured GDP: Another 80% or so are added when leisure is valued as well. It is undesirable to have assumption-driven data so massively influencing overall aggregates.“ (Vgl. J. Stiglitz et al., a.a.O., Kap. 1, Textziffer 11).

rungskosten. Werden Emissionen wie Lärm, Erschütterung oder radioaktive Strahlung besser mit Arztkosten oder mit Vermeidungskosten bewertet? Was kostet die Wiederherstellung einer ausgestorbenen Tier- oder Pflanzenart? Wie misst man den Erholungswert oder den langfristigen Nutzen für Flora und Fauna eines Biotops? Wie ist die Qualität von Luft oder Wasser in Euro zu messen? Welche Operation hat einen größeren „Wert“? Diejenige, bei der das zu erwartende weitere Leben länger aber schmerzhaft ist oder diejenige, bei der es kürzer aber schmerzfrei ist?

- *Kausalitätsproblem:* Aufgrund der Komplexität des ökologischen Systems und der Existenz von Wechselbeziehungen, wird es immer schwer sein, Umweltschäden abzugrenzen und auf bestimmte umweltrelevante Aktivitäten (oder gar Unterlassungen) zurückzuführen. Was sind die „wahren“ Kosten von Verkehr und Agglomeration? In welchem Maße sind für den Treibhauseffekt die Landwirtschaft, der Flugverkehr, der Fleischkonsum etc. verantwortlich? Wie groß ist dementsprechend die marginale Verringerung dieser Effekte bei einer Einschränkung von Fernreisen etc.? Wenn das Ziel von Wohlfahrtsmaßen nach eigener Bekundung der Wechsel zu einer umweltbewussteren Politik sein soll, so müsste man sich zumindest solcher Messprobleme bewusst sein.¹⁷ Hinsichtlich der stets so beliebten Negativrechnungen im Zusammenhang mit der Wohlfahrtsmessung überrascht es auch nicht, dass diese immer auch als Vehikel der Kapitalismuskritik erhalten musste. Auch hier haben wir ein Kausalitätsproblem: es gibt kaum etwas Negatives, für das nicht der Kapitalismus verantwortlich gemacht wurde. Die Behauptung ist leicht, der Beweis ist schwer.
- *Zeitliche Zurechnungsprobleme:* Umweltschäden sind oft von unbekannter Höhe und sie treten erst mit erheblicher Verzögerung auf. Selbst dann, wenn man wüsste, welcher Zeitperiode sie in welchem Maße (zu welchem Teil) zuzuordnen sind, ist es sehr schwierig, sie sinnvoll auf den heutigen Zeitpunkt abzudiskontieren. Entsprechendes gilt für die Beurteilung von Phänomenen unter dem Aspekt der „Nachhaltigkeit“. Auch bei ihr spielt die Zukunft eine entscheidende Rolle, da es ja gerade das Ziel ist, so zu wirtschaften, dass nachfolgenden Generationen kein Schaden entsteht. Dabei kann man unterschiedliche Zeithorizonte zugrunde legen. Auch bei

17 Wir sind der Meinung, dass – zumindest bei einer Beschränkung auf „Erstrunden-Effekte“ – bei ökonomischen Vorgängen weniger Probleme mit der Eingrenzung des zu betrachtenden Gegenstandes bestehen, als wenn man Einwirkungen auf die Umwelt, den Gesundheits- oder Bildungszustand oder das Wohlbefinden der Menschen – alles Faktoren, die in einen Wohlstandsindex im Unterschied zum BIP einfließen sollen – betrachtet.

Bildungsabschlüssen eines Schülers oder Studenten stellt sich der „wahre“ Wert meist erst später heraus. Ausgaben für Bildung, wie sie in das BIP einfließen, sind einigermaßen messbar, der Output oder gar der Nutzen (Beitrag zur Wohlfahrt) wohl erheblich weniger.

- *Räumliche Zurechnungsprobleme:* Nicht nur im Rahmen der Wohlfahrtsmessung stoßen die Versuche zur Quantifizierung von Umweltschäden schnell an Grenzen durch die schwierige räumliche Zurechenbarkeit sowohl des Verursachers (ausländische LKW auf deutschen Straßen) als auch des Geschädigten (Verschmutzung der Weltmeere). Über die Nachhaltigkeit der Bildungs- und Finanzpolitik entscheidet auch die Mobilität von Arbeit und Kapital.

Aus alledem folgt, dass man als Erfinder eines Wohlfahrtsmaßes „jenseits des BIP“ eigentlich nur bei einer sehr groben Betrachtung der Meinung sein kann, man habe etwas gefunden, das dem BIP überlegen ist. Es liegt in der Natur der Sache, dass eine auf Nutzen und künftige Zustände ausgerichtete Betrachtung in höherem Maße normativ¹⁸ und fiktiv ist als eine Beschreibung aktueller Wirtschaftsprozesse.

Im Vergleich zur durchaus sinnvollen Darstellung von Faktoren, die „wohlfahrtsrelevant“ sind, erklimmt man jedoch eine erheblich höhere Stufe der Wertung und Spekulation, wenn man sich daran macht, die Teilschätzungen zu einem Gesamttaggregat zu summieren. Das führt uns zu der Frage, wie die Notwendigkeit zusammenfassender Maße „jenseits des BIP“ begründet wird und was man sich von derartigen Berechnungen verspricht.

Wozu braucht man Maße jenseits des BIP?

Es ist eine unserer Thesen, dass die Fürsprecher eines Wohlstandsindikators diese Frage nicht wirklich durchdacht haben, und dass gerade deshalb das BIP als Maßstab notwendig ist, weil es jenseits des BIP kein unumstrittenes zusammenfassendes Maß gibt.

Um nicht missverstanden zu werden: wir sagen nicht, dass es nicht neben dem BIP vieles gibt, was zu untersuchen und in Politik umzusetzen dringend nötig ist. Wir sagen nur, dass ein Maß anstelle des BIP wenig Sinn macht und dass es auch nicht vernünftig ist, sich hiervon viel zu versprechen. Diese Position steht auch nicht im Widerspruch zum Stiglitz-Report. Es heißt dort sogar expressis

18 Normativ und nicht nur eine prognostische Übung ist auch die Beurteilung der Nachhaltigkeit. So wie das Ausmaß von Umweltschäden eine Frage von „Grenzwerten“ als noch tolerierbare Belastung ist, so ist auch Nachhaltigkeit eine Frage von Schwellen, die es nicht zu überschreiten gilt.

verbis „no single measure can summarize something as complex as the well-being of the members of the society, our system of measurement must encompass a range of different measures“¹⁹.

Nicht wirklich durchdacht ist offenbar sogar die statistische Qualität eines solchen Maßes – geschweige denn der politische Nutzen. Wenn die Rechnung zur Bestimmung des NWI in Euro erfolgt, es also eine „money metric“ gibt, dann ist es uns ein Rätsel, wie Zieschank und Diefenbacher als Autoren des NWI meinen können, der „exakte Zahlenwert“, also der absolute Betrag ihres NWI sei „bedeutungslos, denn Wohlfahrtsmaße sind ordinal skaliert“.²⁰ Man kann nicht einen Betrag von etwa 1,4 Billionen Euro für das NWI ausrechnen (immerhin nur etwa 60% des offiziellen BNE) und dann zu dem Schluss kommen, diese Zahl besage nur, dass sie größer ist als beispielsweise 90 Mrd. Euro. Es ist auch nicht sehr überzeugend, dass man sich einen signifikanten politischen Effekt von einer Zahl verspricht, die nur eine so schwache Interpretation zulässt.

Von einem alternativen BIP nach Art des NWI versprechen sich die Autoren offenbar einen Politikwechsel, wenn die Akteure erkennen, dass das „eigentliche“ BIP noch nicht einmal zwei Drittel dessen beträgt, was sie bisher für das BIP gehalten haben. Sollen die Politiker sich gegen ein Wachstumsbeschleunigungsgesetz stemmen, weil kein Wachstum auch kein Schaden ist, sondern im Gegenteil die Umwelt schont? Die Forderung nach Null-Wachstum war in den Siebziger Jahren in einigen Kreisen populär. Aber als man später in die Nähe des Geforderten kam, war die Begeisterung sehr verhalten.

Ist diese Annahme eines statistisch erzeugten Politikwechsels realistisch? Warum sollten Politiker angesichts des NWI kritisch gegenüber dem Wachstum des BIP sein? Und wie sähe eine Strategie der Maximierung des NWI anstelle des BIP aus? Wir geben hierzu sechs Punkte zu bedenken:

1. Die Abkehr vom Konzept „BIP“ geschieht vor allem dann, wenn anhand dieses Indikators keine Erfolge vorzuweisen sind. Es ist dann besser auf Leistungen im Bereich der „soft indicators“ zu verweisen.²¹ Das Problem bei den „sozialen Indikatoren“, von denen in den Siebziger Jahren viel die Rede war, ist, dass man sich die vorteilhaften Indikatoren aussuchen kann. Jenseits des BIP wird es kein „hartes“ Maß geben, das

als Zielgröße geeignet ist. Ohne BIP kann sich jeder aussuchen, womit er schwarz oder weiß malen möchte.

2. Vernünftige Politik auch und gerade im Bereich der Umwelt besteht in einer Sensibilisierung gegenüber Schwachstellen. Aber genau diese erfolgt eher nicht, wenn Schwächen mit Stärken zu einer Gesamtkennzahl addiert und damit gegeneinander aufgerechnet werden, statt sie isoliert nebeneinander zu betrachten.
3. Genau diese Aufrechnung ist aber eine Milchmädchenrechnung. Es gab z.B. Schätzungen, dass uns der moderne Verkehr jährlich ca. 170 Mrd. DM²² (also jetzt vielleicht annähernd 100 Mrd. Euro) kostet. Aber niemand wird ernsthaft glauben, dass dieses Geld plötzlich frei wird und verteilt werden kann, wenn wir zur Postkutschzeit zurückkehren würden.
4. Eine vernünftige Interpretation einer statistischen Größe oder gar deren Nutzung als Zielgröße setzt Klarheit darüber voraus, was eine Vergrößerung oder Verringerung der entsprechenden Zahl bewirkt. Dies ist umso weniger gegeben, je inhomogener das Gesamttaggregat ist. Wenn sowohl mehr Beschäftigung (über mehr Arbeitseinkommen) als auch weniger Beschäftigung (über mehr Zeit für Hausarbeit und Ehrenamt) erstrebenswert erscheinen, dürfte es schwer sein, sich für eine bestimmte Politik zu entscheiden.
5. Soll ein Maß wie der NWI Zielgröße sein, so ist es naheliegend und auch keinem Politiker zu verübeln, wenn er versucht, mit einem möglichst geringen Aufwand, was in der Politik auch oft mit möglichst geringem Widerstand der Wähler gleichzusetzen ist, eine möglichst große Steigerung des Wohlfahrtsindikators zu erzielen. Dadurch wird eine Konzentration auf die Teilindizes des Gesamtindikators stattfinden, die besonders leicht und zeitnah positiv beeinflusst werden können. Faktoren, die auf kurze Sicht schwerer zu beeinflussen sind (etwa Umwelt oder Nachhaltigkeit), könnten so vernachlässigt werden, da diese gerade deshalb für sich genommen keine Aufmerksamkeit mehr finden, weil sie bereits in den allumfassenden Wohlfahrtsindex einfließen. Wir bezweifeln, dass diese Strategie im Sinne der Erfinder eines solchen Index sein kann. Es wäre besser, stärker als bisher auf eine Beachtung der bereits existierenden Teilindizes und die individuellen Handlungsmöglichkeiten hinzuwirken und die Öffentlichkeit dafür zu sensibilisieren, dass ein so komplexes und vielschichtiges Phänomen wie

19 Vgl. J. Stiglitz et al., a.a.O., Executive Summary, Textziffer 21.

20 Vgl. R. Zieschank, H. Diefenbacher, a.a.O., S. 790.

21 Es ist denkbar, dass genau diese Überlegung Pate stand, als Sarkozy die Stiglitz-Kommission ins Leben gerufen hatte.

22 Vgl. P. v.d.Lippe, 1996, a.a.O., S. 259.

der Wohlstand nicht durch eine einzige Kennzahl abgebildet werden kann.

6. Geradezu grotesk wird es, wenn Zieschank und Diefenbacher behaupten, ein Maß wie ihr NWI könne sogar „Frühwarnsignale liefern“ gegen das Unwesen der „Aufblähung monetärer Assets – von Immobilien und Finanzderivaten – und die Einkommensgenerierung über Finanzmärkte“²³. Es ist uns ein Rätsel, wie der NWI hier Signale liefern kann, wo in ihm doch solche Größen gar nicht enthalten sind, schon gar nicht Zahlen über die richtige und falsche Bewertung von Finanzaktiva, die ja bekanntlich nicht gehabt zu haben einigen viel Geld gekostet hat. Weiter heißt es, durch das NWI könnte die Einsicht gefördert werden, dass die Wohlfahrt auch steigen kann, „wenn das traditionelle ökonomische Wachstum sich abschwächt oder stagniert.“²⁴ Wem mangels Wachstum gekündigt worden ist, erschließt sich der Wert dieser Einsicht kaum.

Fazit: Alle Aussagen über den Nutzen eines Maßes für den Gesamtnutzen sind bei genauerem Hinsehen von zweifelhafter Überzeugungskraft.

Der Stiglitz-Report ist kein Freibrief zum Abkanzeln von Statistikämtern

Der Stiglitz-Report scheint nicht nur die Produktion von Wohlfahrtsmaßen zu beflügeln, er hat wohl auch einige zu einem Rundumschlag gegen die amtliche Statistik ermuntert und auch dazu angeregt, mit einer philosophischen Betrachtung die Statistik neu zu erfinden. In diesem Sinne beklagt H. W. Brachinger ein „historisch gewachsenes Tabu“ der Ämter, ihre Methoden offenzulegen: „Gegenstand der Messung und Messmethoden werden wie selbstverständlich als gegeben betrachtet und nicht weiter hinterfragt.“²⁵ Wer jemals einen Blick geworfen hat in einige der unzähligen internationalen Methoden-Handbücher,²⁶ Arbeitspapiere von Task Forces und Working Parties und speziell für solche nicht nur internationale, sondern auch nationale Gremien angefertigte Studien und Forschungsberichte sowie in einschlägige Internet Discussion Groups und Konferenzunterlagen, oder gar an entsprechenden Sitzungen teilgenommen hat, der wird eine solche Behauptung eines Tabus

überhaupt nicht verstehen können. Es ist uns schlicht ein Rätsel, wie der Leiter eines Forschungszentrums, das der Wirtschaftsstatistik gewidmet ist, und in dem deshalb wohl gerade solche Papiere studiert werden, zu einem solchen Urteil gelangen kann. Wir haben auch kein Verständnis dafür, dass man eine unheilige Allianz zwischen angeblich autoritären Statistikämtern und Journalisten insinuiert, wobei die einen Methoden wie Dogmen behandeln sollen und die anderen keine Zeit, Lust und wohl auch keine entsprechende Vorbildung haben, um sich mit den Methoden überhaupt zu befassen.²⁷

Im Stiglitz-Report scheint Brachinger aber auch einen Aufruf zu erblicken, die Statistik von Grund auf neu zu konzipieren. „Die traditionelle Position der amtlichen Statistik war stets, dass das Bild, das sie von der ökonomischen Wirklichkeit zeichnet, die Realität ‚bestmöglich abbilden‘ soll. Ein statistischer Indikator ist dann relevant, wenn er ‚ein möglichst getreues Abbild der Wirklichkeit‘ liefert... Diese Vorstellung ist naiv...“²⁸ Wir bekennen uns gerne und mit Überzeugung zur traditionellen und naiven Vorstellung von Statistik: Ein Statistiker sollte nicht als naiv belächelt werden, wenn er sein Ziel darin sieht, die Realität abbilden zu wollen.²⁹ Im Gegenteil, zu belächeln ist der, der meint, mit einer ultimativen Philosophie der Statistik die Statistikämter belehren zu müssen.

Es heißt in dem Beitrag von Brachinger zum Zeitgespräch, es gäbe etwa bei der Konzipierung eines Indikators für die „Performanz einer Volkswirtschaft“ verschiedene „Deutungsmuster“, die „weder wahr oder falsch sind, sondern bestenfalls fruchtbar oder unfruchtbar“ (S. 794).³⁰ Bei der Frage nach dem fruchtbaren Deutungsmuster, also danach, was gemessen werden soll bei den „Aktivitäten, die herkömmliche BIP-Messung zu überwinden“ (S. 794) hat man allerdings das Problem, dass man noch „weit davon entfernt (ist), ein solches Erkenntnisziel formuliert zu haben oder überhaupt formulieren zu können.“ Das ist schon misslich genug, hinzu kommt aber noch, dass nach Brachinger nicht nur das Ziel, son-

23 Vgl. R. Zieschank, H. Diefenbacher, a.a.O., S. 790.

24 Vgl. ebenda.

25 H. W. Brachinger: Jenseits des BIP: Was soll wie zu welchem Zweck gemessen werden?, in: Wirtschaftsdienst, 89. Jg. (2009), H. 12, S. 793.

26 Jeder kann die 711 Seiten des System of National Accounts von 1993 lesen, um Einzelheiten über das BIP und BNE zu studieren (Vgl. www.unstats.un.org/unsd/sna1993/introduction.asp). Wir kennen keine ähnlich ausführliche Schrift über eine der alternativen Gesamtrechnungen, die „jenseits des BIP“ vorgeschlagen wurden.

27 Man kann auch nicht kommentarlos über die Entlassung des Chefstatistikers durch Sarkozy berichten, denn der Gedanke ist naheliegend, dass so etwas kein gutes Licht auf die Unabhängigkeit der Statistikbehörde wirft.

28 Vgl. H. W. Brachinger, a.a.O., S. 795.

29 Wir dachten bisher, ohne uns einer Naivität bewusst zu sein, dass genau das das Ziel der Statistik ist.

30 Ganz offensichtlich hält Brachinger seinen „Index der wahrgenommenen Inflation“ IWI für ein Deutungsmuster der Inflation gleichberechtigt neben der Warenkorbbeurteilung. Aber wenn als Reaktion auf die Meldung „Preisschock! Die wahre Inflation: 20%“ (Titel der Wirtschaftswoche Nr. 23 vom 2.6.2008 unter Bezugnahme auf Brachinger) die Forderung nach einem Inflationsausgleich in Höhe von 20% auftritt (während der offizielle Warenkorb um ca. 3% teurer geworden ist) fragt es sich doch, ob der IWI wirklich so ein fruchtbares Deutungsmuster ist.

dem auch der Gegenstand der Betrachtung selber die Eigenschaft hat, in der Realität eigentlich gar nicht da zu sein, denn es heißt dort:

„Ein konkreter statistischer Indikator ... kann nicht als Rekonstruktion einer unabhängig vorgegebenen Struktur betrachtet werden. Er stellt vielmehr eine Konstruktion dar, mit der dem Informationsproblem erst diejenige Eigenschaft hinzugefügt wird, die ihm nach einem weit verbreiteten Missverständnis von Statistik stets bereits in natürlicher Weise innewohnt, nämlich Quantifizierbarkeit. Nach diesem Verständnis steht aber im Gegensatz zur naiven Vorstellung die ökonomische Realität als objektiver Vergleichsmaßstab zur Bewertung der Relevanz eines Performanzindikators nicht mehr zur Verfügung. Für die Beurteilung der Relevanz eines solchen Indikators gibt es keinen unabhängigen Vergleichsmaßstab mehr.“³¹

31 Vgl. H. W. Brachinger, a.a.O., S. 795.

Wir sind beispielsweise der Meinung, dass der Produktion Quantifizierbarkeit innewohnt (zehn Zentner Kartoffeln sind mehr als neun). Es mag aber sein, dass bei der Produktion ideeller Dinge, etwa „Befriedigung“ erst Quantifizierbarkeit hinzugefügt werden muss. Wenn es dann außerdem nichts gibt, um das Hinzufügen zu beurteilen, dann wird die Sinnhaftigkeit des Tuns doch etwas problematisch. Wenn die Realität nicht zur Verfügung steht, könnte es sich vielleicht um etwas handeln, was es gar nicht gibt. Aber das ist vielleicht zu naiv gedacht.

Wir machen uns keine Sorge darüber, dass den genannten „Aktivitäten, die herkömmliche BIP-Messung zu überwinden“ Erfolg beschieden sein wird. Wenn man sich die Vielzahl der Vorschläge für Maße, die es ersetzen sollen, ansieht, braucht einem nicht bange für die Zukunft des BIP zu sein. Auch die möglichst gute Abbildung der Realität ist kein überkommenes Paradigma, sondern sie wird weiter ein Leitbild der Statistik sein. An Deutungsmustern, bei deren Beurteilung die Realität nicht zur Verfügung steht, dürfte kein Bedarf bestehen.

Hans Diefenbacher, Roland Zieschank

Der Nationale Wohlfahrtsindex und die Diskussion um eine Ergänzung zum BIP

Anmerkungen zum Beitrag von P. M. von der Lippe und C. C. Breuer

Mit ihrem Beitrag in dieser Ausgabe des Wirtschaftsdienst haben von der Lippe und Breuer eine Diskussion nicht nur um die Machbarkeit, sondern auch um den Sinn von neuen Kenngrößen entfacht, die Defizite des BIP thematisieren und eine andere Zielrichtung haben. Die ins Grundsätzliche gehende Kritik der beiden Autoren richtet sich gegen Überlegungen, die im Anschluss an den so genannten Stiglitz-Report vorgebracht würden und zu einem großen Teil auf zwei Missverständnissen beruhen würden: dem Sinn des Produktionsbegriffes der Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung und der Rolle der amtlichen Statistik.

Explizit wird auch gegen den von uns vorgestellten „Nationalen Wohlfahrtsindex“ (NWI) argumentiert, dass er von der methodischen Seite her fiktiv, willkürlich und normativ bzw. mit Werturteilen aufgeladen sei und politisch alle

Aussagen von zweifelhafter Überzeugungskraft seien (S. 447-449). Hinzu kommen einige, aus der Tiefe methodischer Detailfragen eruptiv aufsteigende Äußerungen zur Intention unserer Arbeit, auf die wir nicht gedenken, näher einzugehen, sondern es mit einem Hinweis auf die Wissenschaftsfreiheit bewenden lassen (jedenfalls kann sich der Leser selbst ein Bild machen, ob mit dem NWI eine „autoritäre Variante der Statistik“ vorliegt, die „Wertvorstellungen diktiert“ und „kennzeichnend für bestimmte Regierungsformen“ sei.)

Folgende Hinweise sind uns wichtig

Wir haben uns bereits mit der Rolle des BIP und möglichen Ergänzungen befasst, bevor die von dem französischen Staatspräsidenten Sarkozy beauftragte Kommission ihre Arbeit aufgenommen hatte. Deshalb liegen für

Prof. Dr. Hans Diefenbacher ist apl. Prof. am Alfred-Weber-Institut für Wirtschaftswissenschaften der Universität Heidelberg und stellvertretender Leiter der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) Heidelberg.

Roland Zieschank ist Dipl.-Verwaltungswissenschaftler an der Forschungsstelle Umweltpolitik der Freien Universität Berlin.

Deutschland auch erste, aber sicherlich verbesserungswürdige empirische Berechnungen vor.

Die Kritik an Defiziten der traditionellen Wachstumskennziffern ist in der Tat nicht neu, im Unterschied zu den Anfängen um Nordhaus/Tobin während der 70er Jahre zieht sie aber nun Kreise und Folgen nach sich. Unsere Arbeiten zur Konzeption eines Nationalen Wohlfahrtsindex stehen in einem anderen als dem unterstellten Kontext des periodischen Problematisierens, den von der Lippe und Breuer vermuten: Auftraggeber unserer Studie war das Umweltbundesamt als beratende Einrichtung des bundesdeutschen Umweltministeriums. Der Kontext ist auch nicht die VGR, sondern die Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung. Gegen das BIP als Teil der VGR und die amtliche Statistik als solche sind unsere Arbeiten überhaupt nicht gerichtet, um dies klarzustellen. Aber die Frage muss erlaubt sein, ob eine einfache und fraglose Übernahme des BIP in eine Strategie nachhaltiger Entwicklung sachlich angemessen und zukunfts-trächtig ist.

Bedeutung des BIP als Kennzahl

Von der Lippe und Breuer haben zunächst einmal natürlich recht, dass „kein ernstzunehmender Statistiker je behauptet hat, das Bruttoinlandsprodukt (BIP) bringe in einer zusammenfassenden Zahl alles das zum Ausdruck, was subjektiv oder objektiv wünschbar oder nützlich sei“. Das Problem ist nur, dass die Zunft der Wirtschaftswissenschaftler und der Statistiker es ohne großen Widerstand hat geschehen lassen, dass das BIP von Politikern, Medien und Öffentlichkeit in den letzten dreißig Jahren immer mehr zur zentralen Leitgröße der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik schlechthin gemacht worden ist. Was

dem BIP-Wachstum nützt, lässt sich politisch vorzeigen, was ihm vielleicht sogar schadet – wie eine Orientierung an vorsorgend umweltschonendem Verhalten, von Strategien der Suffizienz ganz zu schweigen – wird fast immer nachrangig behandelt. Was das BIP steigert, ist gut für das Land: viele Legislaturperioden wurde und wird nach dieser Maxime gehandelt.

Von der Lippe und Breuer bezeichnen das BIP als „Maß der Wirtschaftsleistung“. Hier wäre eine kleine Korrektur angebracht: Das BIP ist ein Maß der über den Markt vermittelten ökonomischen Wertschöpfung – wobei über die Jahre hinweg in die Berechnungsmodalitäten zahlreiche Ausnahmetatbestände aufgenommen wurden: So werden etwa Schätzwerte für den Wert landwirtschaftlicher Eigenproduktion, für den Mietwert selbst bewohnter Immobilien oder ein Wertansatz für intermediäre Finanzdienstleistungen hinzugerechnet, aber eben kein Wert für die Wertschöpfung durch Hausarbeit – von v.d.Lippe und Breuer bezeichnenderweise „Hausfrauentätigkeit“ genannt – oder für ehrenamtliche Tätigkeiten. Es ist also keineswegs so, dass die Berechnungsmethode des BIP in allen Einzelheiten einer klaren und stringenten Theorie folgen könnte, sondern sie muss als Ergebnis einer Konvention betrachtet werden. Damit ist es nicht nur das Problem der Alternativrechnungen, dass es „kein Kriterium für Vollzähligkeit der berücksichtigten Aspekte“ (v.d.Lippe/Breuer, S. 445, Fn. 4) gibt, sondern dies ist auch ein Problem des BIP selbst, wie auch das Problem der Festlegung angemessener Bewertungsverfahren. Auch das BIP beruht auf Werturteilen – selbst wenn man ihm das vielleicht nicht so schnell anmerkt.

Was uns vorgeworfen wird, eine ganze Reihe an Werturteilen in die Konstruktion des NWI einzubauen, ist uns durchaus bewusst: Im Rahmen eines explizit normativen Politikkonzeptes, wie es die meisten OECD-Staaten mit ihren Nationalen Strategien für eine Nachhaltige Entwicklung vorlegen, ist dies sogar unvermeidlich. Anders lassen sich beispielsweise die Teilvariablen für ein Indikatorenset nicht auswählen oder die ökologischen Schäden von Emissionen nicht bilanzieren. Wer sich mit neuerer Wissenschaftstheorie (als Stichwort sei nur einmal „post normal science“ genannt) befasst, weiß, dass aus der Not aber eine Tugend der Transparenz gemacht werden kann: Die ökonomische Bewertung von Teilvariablen wie ehrenamtliche Arbeit, Ersatzkosten für den (heutigen) Verbrauch nicht-erneuerbarer Ressourcen und die „subjektiven“ Entscheidungen bei der Aggregation von Teilvariablen zu einem komplexen Index müssen natürlich begründet werden und sollten nachvollziehbar sein.

Scheut man hier als Statistiker zurück – was verständlich ist –, hätten solche ergänzenden Wohlfahrtsmaße aber

nie aufgebaut werden können.¹ Hier besteht aber gerade aus den genannten Anforderungen eine Arbeitsteilung zwischen der amtlichen Statistik mit ihren VGR-Berechnungen und der Arbeit von Forschungsprojekten, ohne die Konzepte wie der NWI indessen nicht vorliegen würden.

Das BIP war sicher nicht als Wohlfahrtsmaß gedacht, wird jedoch weithin außerhalb der Fachwissenschaft implizit als ein solches verwendet. Daher besteht das Diskussionsangebot, das wir mit dem Nationalen Wohlfahrtsindex (NWI) unterbreiten, schlicht und einfach darin zu zeigen, dass ein Gesamtindex, in den explizit wohlfahrtsrelevante Entwicklungen aufgenommen werden, unter Umständen einen anderen Verlauf als das BIP nehmen kann. In den 70er und 80er Jahren des letzten Jahrhunderts wurden einige prominente Berechnungen durchgeführt, die zu dem Ergebnis kamen, dass aus bestimmten, wohlfahrts-theoretisch begründeten Korrekturen des BIP keine signifikanten Änderungen des Kurvenverlaufs folgten.² Daraus wurde die Schlussfolgerung gezogen, dass das BIP auch als „Ersatz-Wohlfahrtsindikator“ genommen werden könne. Wir greifen also nicht das BIP an, sondern widerlegen die Gültigkeit dieser Schlussfolgerung für unsere Zeit.

Von der Lippe und Breuer verwenden viel Mühe darauf zu zeigen, dass „ein Wohlfahrtsmaß nicht auf Augenhöhe mit dem BIP ist“. Für eine detaillierte Kommentierung der einzelnen Kritikpunkte an der Berechnung des NWI ist im Rahmen dieser Anmerkungen kein Raum – wer sich im Einzelnen mit dem Konzept des NWI befassen möchte, sei hier auf die Originalstudie verwiesen.³

- 1 In einem bemerkenswerter Weise mit dem Statistischen Bundesamt durchgeführten Forschungsvorhaben sind in seltener Systematik die „normativen Stufen“ bei der Auswahl und Bildung von Teilvariablen, deren Aggregation und Interpretation beschrieben worden, siehe: Statistisches Bundesamt/Forschungsstelle für Umweltpolitik der Freien Universität Berlin/Ökologiezentrum Kiel: Makroindikatoren des Umweltzustandes, Band 10 der Schriftenreihe Beiträge zu den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen, Wiesbaden 2002 (=Endbericht des BMBF-Forschungsprojektes: Hochaggregierte Umweltzustandsindikatoren auf Basis naturwissenschaftlicher Modelle, statistischer Aggregationsverfahren und gesellschaftlicher Entscheidungsprozesse).
- 2 Vgl. u.a. W. Nordhaus, J. Tobin: „Is Growth Obsolete?“, in: National Bureau of Economic Research (Hrsg.): Economic Growth, NBER General Series Nr. 96E, New York 1972, Columbia University Press; NNW-Measurement Committee, Economic Council of Japan: Measuring Net National Welfare of Japan, Tokyo 1973, Bureau of Statistics; X. Zolotas: Economic Growth and Declining Social Welfare, Athen 1981, Bank of Greece.
- 3 H. Diefenbacher, R. Zieschank: Wohlfahrtsmessung in Deutschland – ein Vorschlag für einen nationalen Wohlfahrtsindex, Heidelberg/Berlin 2009, FEST/FFU, englisch unter dem Titel „Measuring Welfare in Germany – a suggestion for a new welfare index“, im Internet unter http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-medien/mysql_medien.php?anfrage=Kennnummer&Suchwort=3902 englisch unter http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-medien-e/mysql_medien.php?anfrage=Kennnummer&Suchwort=3903

Die Ursache für die Heftigkeit der Reaktion der beiden Autoren könnte unseres Erachtens in einer zunächst unbegründeten Furcht liegen: Wir wollen das BIP gar nicht ersetzen, wie von der Lippe und Breuer wiederholt vermuten, und wir beanspruchen noch nicht einmal die Deutungshoheit in Sachen Wohlfahrtsmessung. Im Gegenteil: Die Tatsache, dass nicht nur durch die Arbeit der Stiglitz-Kommission sondern in vielen Ländern und internationalen Organisationen wie der OECD eine neue Diskussion um statistische Methoden der Wohlfahrtsmessung entstanden ist,⁴ macht deutlich, dass es für eine national oder gar international abgestimmte Version zur Messung von Wohlfahrt oder gar des gesellschaftlichen Fortschritts sicherlich noch zu früh wäre.

Die internationale Diskussion intensiviert sich

Auf der anderen Seite haben aber auch die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen einen Zeitraum von über 60 Jahren gebraucht, bis sie das ökonomisch-datenmäßige Gerüst wurden, was sie nun sind – und um dann zu erkennen, dass es sinnvoll ist, sie um „Umweltökonomische Gesamtrechnungen“ zu ergänzen. Die Debatte um die verschiedenen Konzepte der Messung von Wohlfahrt und Fortschritt wird die internationale Diskussion um die Zielsetzung von Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik jedoch verändern, auch die Diskussion innerhalb der Fachstatistik – daran besteht schon jetzt kein Zweifel mehr. Insofern scheint die SchlussThese von der Lippes und Breuers gänzlich antiquiert, denn es besteht erheblicher Bedarf an statistischen Informationen „jenseits des BIP“.

Für diejenigen, die sich aufgrund der bestehenden methodischen und datenmäßigen Schwächen bei neuen Kenngrößen für eine skeptische Haltung entscheiden, ist nichts verloren. Niemand braucht ergänzende Indizes wie den NWI zu berücksichtigen, wenn er mit den Aussagen und methodischen Arbeitsschritten der BIP-Berechnung völlig zufrieden ist.

Von der Lippe und Breuer interpretieren aber selbst den Stiglitz-Report aus einer zu selbstsicheren Haltung – um ein letztes Mal auf dieses von mehreren Nobel-Preisträgern und hochrangigen Ökonomen besetzte Komitee zu rekurrieren – wenn sie konstatieren, dass man den Report „nicht als Aufruf verstehen (kann), ‚Statistik‘ neu zu erfinden“. Denn der Namensgeber hat persönlich konstatiert: „It’s about nothing less than changing the basic global paradigm of progress for people and nations, from production to equitable and sustainable wellbeing.“

- 4 Als Überblick und Einstieg vgl. www.beyond-gdp.eu.

Hans Wolfgang Brachinger

Diesseits des BIP: Das Denken in Kartoffeln bringt uns nicht weiter

Eine Replik auf P. M. von der Lippe und C. C. Breuer

Herr Professor von der Lippe und sein Koautor sind der Auffassung, dass Quantifizierbarkeit bei realen sozio-ökonomischen Phänomenen in natürlicher Weise vorliegt und die Quantifizierung kein wirkliches Problem darstellt. Sie sind „beispielsweise der Meinung, dass der Produktion Quantifizierbarkeit innewohnt“. Zehn Zentner Kartoffeln seien schließlich mehr als neun.

Das ist ein interessantes Argument, das in doppelter Hinsicht zutreffend ist. Es ist richtig, dass zehn Einheiten mehr sind als neun. Das folgt aus der auf der Menge der natürlichen Zahlen definierten Ordnungsrelation. Die Gleichung „neun plus x gleich zehn“ besitzt schließlich ohne Zweifel eine natürliche Lösung. Aber haben die Autoren das gemeint? Nein, es geht Ihnen wohl nicht darum, dass zehn Zentner Kartoffeln mehr sind als neun, sondern um die Frage ob ein reales Phänomen, das Gegenstand statistischer Messung ist, *sui generis* quantifizierbar ist. Nun, auch da haben sie Recht, wenn man die Kartoffeln nimmt! Der Umfang einer Kartoffelernte ist auf natürliche Weise quantifiziert. Kartoffeln kann man zunächst einmal zählen, es liegt eine Absolutskala vor: Die Maßeinheit „ein Stück Kartoffel“ ist natürlich gegeben, es existiert ein natürlicher Nullpunkt und eine Bijektion zwischen den verschiedenen Stückzahlen und der Menge der natürlichen Zahlen. Gerade deshalb ist der Größenvergleich, dass zehn Zentner Kartoffeln mehr sind als neun, zulässig. Dieses Denken in Kartoffeln schürft tief, aber leider nicht tief genug.

Natürliche Skalierung?

Schon der Vorgang, der in der Einführung der physikalischen Maßeinheit „Zentner“ besteht, ist mitnichten natürlich vorgegeben. Er stellt bereits in gewissem Sinn eine statistische Konstruktion dar. Anders als die Maßeinheit „Stück“ ist die Maßeinheit „Zentner“ oder eine beliebige andere Maßeinheit willkürlich definiert. In Deutschland versteht man unter einem Zentner bekanntlich noch heute nach der Definition des Zollvereins von 1858 100 Pfund zu je 500 Gramm. Ein Zentner

sind somit 50 kg. Statistisch wesentlich ist dabei, dass durch den Übergang zur Maßeinheit „Zentner“ das Skalenniveau, auf dem der Umfang der Kartoffelernte gemessen wird, reduziert wird. Es liegt keine Absolutskala mehr vor, sondern nur noch eine Verhältnisskala. Das ist immer noch ein sehr hohes Skalenniveau, aber während bei einer Absolutskala keinerlei Transformationen erlaubt sind („eine Kartoffel ist und bleibt eine Kartoffel“), sind bei Verhältnisskalen positiv lineare Transformationen zulässig. Es ist mit anderen Worten unerheblich, ob man in Zentnern oder Doppelzentnern oder in Kilogramm misst.

Wenn es aber auf die Maßeinheit nicht ankommt, dann sollte ein statistischer Indikator unabhängig sein von der gerade gewählten Einheit. Hieraus ergibt sich die Rechtfertigung aller axiomatischen Ansätze. In der Theorie der Preisindizes etwa führt die Forderung nach der Unabhängigkeit von den Maßeinheiten zum bekannten Kommensurabilitätsaxiom: Ein Preisindex sollte unverändert bleiben, wenn bei den Kartoffeln vom Zentnerpreis zum Kilopreis übergegangen wird.

Man möchte meinen, dass diese Forderung in der Praxis kein Problem darstellt. Stellt sie aber doch: Zur Konstruktion eines Preisindexes ist auf der Ebene der so genannten Basisaggregation, wo noch keine Mengenangaben zur Gewichtung der Preise vorliegen, ein Elementarindex zu wählen. Der Jevons-Index, ein Index den die öffentliche Statistik der Schweiz bevorzugt, erfüllt das Kommensurabilitätsaxiom, der Dutot-Index, der dem deutschen Verbraucherpreisindex zugrunde liegt, erfüllt es aber nicht. Dafür hat der Dutot-Index aus deutscher Sicht sicher andere Vorteile. Jedenfalls kommt es beim deutschen Verbraucherpreisindex darauf an, in welchen Maßeinheiten gemessen wird.

Der Preis eines Gutes

Hat man sich bei den Kartoffeln einmal für eine bestimmte Mengeneinheit wie etwa Kilogramm entschieden, so stellt sich die Frage, was man unter *dem* Preis

eines Kilogramms Kartoffeln einer bestimmten Sorte verstehen soll. Auch dieser Preis liegt nicht bereits „natürlich“ vor.

Ein Kilogramm Kartoffeln kostet nämlich nicht überall im Lande das gleiche. Was erhoben werden kann, ist der Preis, den ein Kilo Kartoffeln an einer bestimmten Verkaufsstelle kostet. Eine Volkswirtschaft weist aber viele Verkaufsstellen auf. Man könnte nun auf die Idee kommen zu zählen, wie oft ein bestimmter Kartoffelpreis in der Realität vorkommt. Dann erhält man eine Häufigkeitsverteilung der einzelnen Kartoffelpreise. Und genau hier beginnt es interessant zu werden: Statt des Preises eines Gutes, von dem in der Wirtschaftstheorie die Rede ist, findet der Statistiker in der Realität eine Verteilung von Preisen. Damit ist der Preis des betrachteten Gutes allerdings noch längst nicht quantifiziert.

Der gesuchte Preis muss ein Parameter sein, der typisch ist für die empirische Häufigkeitsverteilung der Preise. Und welcher Parameter stellt nun die „natürliche“ Quantifizierung dar? Keiner! Genau an dieser Stelle wird von den Statistikern eine konstruktive Leistung verlangt. Diese Leistung besteht in theoretischen Überlegungen, welcher Parameter der Preisverteilung im Hinblick auf das, was man statistisch erfassen will, am besten geeignet ist. Jeder Preisstatistiker weiß, dass es eine Vielzahl von Möglichkeiten gibt, diesen Parameter zu wählen. Die triviale Wahl ist das arithmetische Mittel der Verteilung. Gleich mit welchem Parameter der Häufigkeitsverteilung man den Preis des Gutes ansetzt, der so definierte Preis stellt eine vom Statistiker konstruierte Größe dar.

Aber diese Größe ist empirisch nicht direkt erfassbar. Sie stellt zwar einen wohldefinierten Parameter dar – den Erwartungswert einer theoretischen Häufigkeitsverteilung –, dieser Parameter ist aber in der Praxis unbekannt und muss erst noch geeignet geschätzt werden. Auch da gibt es eine Reihe verschiedener Möglichkeiten, keine kann als „natürliche“ Quantifizierung betrachtet werden. In der Praxis der amtlichen deutschen Preisstatistik wird dazu eine bestimmte Vorgehensweise praktiziert: In den Bundesländern werden aus Stichprobendaten Durchschnittspreise berechnet, die dann auf Bundesebene durch geeignete Gewichtung den amtlichen deutschen Preis eines Gutes ergeben. Diese Vorgehensweise ist als Schätzverfahren für einen unbekannt Parameter zu verstehen. Ein solches Verfahren ist weder richtig noch falsch, sondern bestenfalls mehr oder weniger genau. Es hat sich in der Praxis in einem kritischen Vergleich mit alternativen Schätzverfahren zu bewähren.

Prof. Dr. Hans Wolfgang Brachinger ist Inhaber des Lehrstuhls für Statistik am Department für Quantitative Wirtschaftsforschung der Universität Fribourg, Schweiz, und leitet das dortige Forschungszentrum für Wirtschaftsstatistik. Er ist Präsident der Eidgenössischen Bundesstatistikkommission.

Quantifizierung als Konstruktionsprozess

Um solche Fragestellungen, die über das einfache Zählen und Messen hinausgehen, geht es, wenn ich davon spreche, dass ein Informationsproblem nicht ohne Weiteres quantifizierbar ist. Quantifizierbarkeit ist eine Eigenschaft, die einem Informationsproblem im Allgemeinen durch konstruktive Akte des Statistikers erst hinzugefügt werden muss. Das Beispiel des Preises eines wohlspezifizierten Gutes verdeutlicht, dass ein Indikator, der eine quantitative Repräsentation eines realen wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Problems darstellt, nicht wie eine Kartoffelernte einfach durch Zählen oder Wiegen ermittelt werden kann. Der Kartoffelpreis ist nicht schon „da“, wie von der Lippe wohl meint. Er muss konstruiert werden! Diesen Konstruktionsprozess kann der Statistiker nicht mehr dem Naturwissenschaftler zuschieben, er muss sich selber überlegen, wie er das leisten kann. Das ist seine genuine Kompetenz! Die sollte er auch nicht aus der Hand geben.

Statistiken als Abbilder ökonomischer Wirklichkeit?

Herr Professor von der Lippe und sein Koautor bekennen sich „gerne und mit Überzeugung zur traditionellen und naiven Vorstellung von Statistik“, nach der das Ziel eines statistischen Modells darin besteht, „die Realität abbilden zu wollen“. Damit befindet er sich zweifellos in bester Gesellschaft. Es gibt wohl so manchen Kollegen, der unter einem Modell eine *Abbildung* eines Ausschnittes der Realität verstehen. Der Begriff der Abbildung wird dabei leider meist nicht kritisch reflektiert. Modelle werden ebenso wie der abzubildende Realitätsausschnitt als Systeme interpretiert, die sich aus einer Menge von Elementen und deren Eigenschaften sowie einer Menge von zwischen diesen Elementen und deren Eigenschaften bestehenden Beziehungen zusammensetzen.

Von einem Modell wird nach dieser Vorstellung verlangt,¹ dass es ein stukturähnliches Abbild eines Realsystems darstellt. Man spricht dann von einer homomorphen Abbildung eines betrachteten Realsystems. Bei einer homomorphen Abbildung werden in ein Modell nur diejenigen Elemente des abzubildenden Realsystems explizit aufgenommen, die im Rahmen der jeweiligen Fragestellung besonders relevant sind. Auf der Grundlage des homomorphen Abbildungsbegriffs stellt ein Modell ein vereinfachendes Abbild eines Realsystems dar. Es ist dieser systemabbildende Modellbegriff, durch den das statistische Verständnis der Öffentlichkeit und der meisten Statistiker geprägt ist. Dies zeigt von der Lippes Kommentar zu meinem Aufsatz. Dies zeigt sich auch dann, wenn renommierte Blätter wie die Neue Zürcher Zeitung oder die Süddeutsche standardmäßig formulieren, dass der Verbraucherpreisindex „ein möglichst getreues Abbild der Wirklichkeit“ geben müsse. Diese Vorstellung ist nicht mehr zeitgemäß.

Naivität der Abbild-Idee

Der systemabbildende Modellbegriff suggeriert, dass ein konkretes statistisches Modell und die mit ihm produzierten Ergebnisse ausschließlich durch das zu modellierende Realsystem bestimmt sind. Die Erhebungseinheiten und deren Merkmale sowie die zwischen diesen Erhebungseinheiten und deren Merkmalen bestehenden Beziehungen, durch die das zu modellierende Realsystem gekennzeichnet ist, werden als unmittelbar und unzweideutig wahrnehmbar vorausgesetzt.

Vor dem Hintergrund eines konsequent zu Ende gedachten abbildtheoretischen Modellbegriffs erscheint die Welt letztlich problemfrei: Sie enthält nur Zählprobleme vom Kartoffeltyp und keine eigentlichen statistischen Informationsprobleme wie etwa die Definition eines Güterpreises. Die gewünschte Information ist im relevanten Realitätsausschnitt faktisch bereits enthalten, aber vorläufig noch nicht in quantifizierter Form. Die Arbeit des Statistikers erschöpft sich demnach in einem mehr oder weniger komplizierten Zählvorgang. Diese Vorstellung von der Aufgabe eines Statistikers ist aber naiv. Sie wird modernen Anforderungen nicht mehr gerecht.

Die Naivität des an der Abbild-Idee festgemachten Modellbegriffs wird besonders evident, wenn man nichts Geringeres als das Wohlergehen einer Gesellschaft

messen möchte. Ich habe in meinem Aufsatz versucht deutlich zu machen, dass das Problem der Messung des Wohlergehens gerade dadurch gekennzeichnet ist, dass die für die Entwicklung eines geeigneten statistischen Indikators notwendige Struktur in der Realität noch nicht angelegt ist. Zu einer genau umrissenen Quantifizierungsaufgabe wird dieses Informationsproblem erst durch eine konstruktive Leistung, die in der Entwicklung einer praktischen Messkonzeption liegt.

Die Auffassung, dass konkrete statistische Modelle mehr sind als bloße Abbilder bestimmter ökonomischer Realitätsausschnitte, darf freilich nicht dahingehend überinterpretiert werden, dass in solchen Modellen überhaupt keine ökonomischen Sachverhalte mehr auftauchen. Der Kartoffelpreis eines Landes stellt eine statistische Konstruktion dar. Aber: Seine Konstruktion basiert selbstverständlich auf faktisch beobachteten Preisen.

Überflüssige Deutungsmuster?

Professor von der Lippe vermutet schließlich, dass „an Deutungsmustern, bei deren Beurteilung die Realität nicht zur Verfügung steht, kein Bedarf bestehen dürfte.“ Natürlich braucht man zur Kartoffelzählung kein Deutungsmuster. Da ist offensichtlich, was wie gezählt werden soll. Gänzlich anders liegen die Dinge jedoch, wenn es darum geht, etwa das Entwicklungsniveau eines Landes zu messen. Ein statistischer Indikator wie der Human Development Index (HDI) der Vereinten Nationen kann beileibe nicht als Rekonstruktion einer unabhängig vorgegebenen Struktur betrachtet werden. Der Human Development Index basiert auf den grundlegenden Arbeiten des Nobelpreisträgers Amartya Sen zu den individuellen Möglichkeiten („capabilities“) und dem Funktionieren („functionings“) einer Gesellschaft. Sen lieferte das Deutungsmuster, auf das man sich zur Beurteilung des menschlichen Entwicklungsniveaus eines Landes einigte.

Mit der Orientierung an der Senschen Konzeption verständigte man sich darauf, die menschliche Entwicklung in einer bestimmten Art und Weise zu sehen. Auf der Basis des Senschen Deutungsmusters wurde entschieden, dem HDI gerade die drei Dimensionen Wohlstand, Gesundheit und Bildungsniveau zugrunde zu legen. Diese waren dann geeignet zu operationalisieren. Die Wohlstandsdimension wird etwa durch den Logarithmus des Bruttoinlandsproduktes pro Kopf in Kaufkraftparitäten quantifiziert. Der HDI stellt offensichtlich eine Konstruktion dar, mit der dem Informationsproblem über das Wohlergehen einer Gesellschaft erst die Eigenschaft der Quantifizierbarkeit hinzugefügt wird.

¹ Vgl. für das Folgende: H. W. Brachinger: Statistik zwischen Lüge und Wahrheit: Zum Wirklichkeitsbezug wirtschafts- und sozialstatistischer Aussagen, in: Allgemeines Statistisches Archiv, Wirtschafts- und Sozialstatistisches Archiv, 1, 2007, S. 5-26.

Professor von der Lippe hat übrigens erneut Recht, wenn er meint, dass das Modell, das dem Index der wahrgenommenen Inflation zugrunde liegt, ein mögliches Deutungsmuster der Teuerung darstellt. Dieses Deutungsmuster liegt aber nicht „neben der Warenkorbbeobachtung“, sondern mitten drin. Es wird genau der gleiche Warenkorb benutzt wie beim Verbraucherpreisindex! Überdies: Die Schlagzeile der Wirtschaftswoche² lautete nicht wie von der Lippe behauptet „Preisschock! Die wahre Inflation: 20%“, sondern „Preisschock! Die wahre Inflation: 12%“. Und im Artikel, den ich übrigens ebenso wenig wie die Schlagzeile zu verantworten habe, steht nirgends, dass unter Bezugnahme auf den Index der wahrgenommenen Inflation ein Inflationsausgleich in Höhe von 20% gefordert wird. Ganz im Gegenteil: In einer Grafik wird die Entwicklung der Tariflöhne der Entwicklung des Verbraucherpreisindex gegenüber gestellt. Und der Text zu meiner Person spricht eine deutliche Sprache: Braucher möchte am offiziellen Verbraucherpreisindex „nicht rütteln“. Er sei überzeugt, dass sein Index eine „wichtige Ergänzung der amtlichen Inflationsrate“ liefere. Wenn man sich schon so deutlicher Worte bedient wie Herr von der Lippe, dann sollte man wenigstens sorgfältig recherchieren.

Rundumschlag gegen die amtliche Statistik?

Herr Kollege von der Lippe hat zutreffend erkannt, dass es sich beim Prozess der Quantifizierung wirtschafts- und sozialstatistischer Sachverhalte um einen umfassenden Prozess handelt, auch wenn er die Skizzierung dieses Prozesses martialisch als „Rundumschlag gegen die amtliche Statistik“ bezeichnet. Mein grundsätzliches Argument lautet, dass der Prozess der Quantifizierung wirtschafts- und sozialstatistischer Sachverhalte mehr ist als die Rekonstruktion vorgegebener Sachverhalte. Dieses Argument bedeutet eine Aufwertung der Arbeit des Statistikers! Und vor allem: Dieses Argument wendet sich gegen niemanden, schon gar nicht gegen die amtliche Statistik! Nichts liegt dem Präsidenten der Eidgenössischen Bundesstatistikkommission ferner als dies. Hier wird auch nicht versucht, „mit einer philosophischen Betrachtung die Statistik neu zu erfinden“. Es soll nur das erkenntnistheoretische Fundament verdeutlicht werden, auf dem moderne wirtschaftsstatistische Ansätze zwangsläufig aufbauen.

Anders als von Professor von der Lippe behauptet, bin nicht ich es, der neuerdings ein „historisch gewachsenes Tabu“ beklagt. Das Zitat stammt von meinem

² Vgl. Wirtschaftswoche, 23 (2. Juni 2008); Titelseite und S. 24 ff.

ersten akademischen Lehrer Kurt Weichselberger, der schon 1970 die Vorstellung beklagt hat, dass ein statistisches Amt nur zähle, was tatsächlich ist. Das Zitat, dass „Gegenstand der Messung und Messmethodik ... wie selbstverständlich als gegeben betrachtet“ werden, ist natürlich aus dem Zusammenhang gerissen. Es geht mir um die Art und Weise, wie amtliche statistische Ergebnisse in der Öffentlichkeit präsentiert werden. Sie werden eben trotz der durchaus auch in Fribourg bekannten „unzähligen internationalen Handbücher, Arbeitspapiere von Task Forces“ gerne als Fakten verkauft, die über Kritik erhaben sind. Die üblichen Medienmitteilungen über die Verbraucherpreisindizes sind gute Beispiele: Die aktuell kommunizierte Inflationsrate beziffert nie die „wahre“ Teuerung. Die kennt kein Mensch. Die aktuelle Inflationsrate stellt in Tat und Wahrheit stets eine Schätzung dar, die eine Reihe von Problemen enthält. Jeder Insider weiß das. Intern werden die Diskussionen natürlich geführt, nur nach draußen dringt davon kaum etwas. Der statistische Charakter wirtschaftsstatistischer Zahlen wird meist unterschlagen. Und viele Journalisten wollen davon auch nichts wissen. Das ist zu kompliziert.

Ausblick

Die Vorstellung, dass die Wirtschafts- und Sozialstatistik nur zähle, was tatsächlich ist, ist überholt. Sie basiert auf dem systemabbildenden Modellbegriff und ist noch diesseits des BIP. Diese Vorstellung bringt uns nicht weiter. Sie reicht nicht mehr aus, um die Wirtschafts- und Sozialstatistik weiter zu entwickeln. Perspektiven „jenseits des BIP“ ergeben sich nur, wenn man sich frei macht vom abbildtheoretischen Modellbegriff und von der Vorstellung eines unmittelbaren und voraussetzungslosen Zugangs zur sozio-ökonomischen Realität.

Auf dem Spiel steht nichts weniger als die Zukunft der Wirtschafts- und Sozialstatistik als akademisches Fach. Immer nur zählen, was ohnehin zählbar ist und messen, was andere bereits messbar gemacht haben, ist intellektuell ziemlich langweilig. Ich kann sie verstehen, die (meist dienstjüngeren) Kollegen, die ein so verstandenes Fach zunehmend für überflüssig halten. Und ich kann die Studierenden verstehen, die sich interessanteren Dingen zuwenden wollen! Die Zukunft der Wirtschafts- und Sozialstatistik liegt darin, dass sie sich modernen Fragestellungen öffnet, die Politik und Öffentlichkeit bewegen. Diese liegen jenseits des BIP.